ROTKEHLCHEN

Ausgabe 4/2008

Mitgliederzeitschrift der SPD Altenburger Land

„FEST DER VÖLKER“ ERFOLGREICH BEHINDERT

2.000 MENSCHEN PROTESTIEREN FRIEDLICH GEGEN RECHTSROCKFESTIVAL IN ALTENBURG

2.000 Antifaschisten gegen 1.200 Neonazis – so etwas hat das Altenburger Land noch nicht gesehen. Doch genau das sollte sich in diesem Jahr ändern, genauer gesagt am 13. September. Die rechtsextreme NPD hatte das seit 2005 bereits zweimal in Jena durchgeführte europaweite Rechtsrockfestival „Fest der Völker“ in diesem Jahr kurzfristig nach Altenburg verlegt. Gründe hierfür waren wahrscheinlich auch die Probleme, vor die zahlreiche Jenenser die Rechtsextremen bereits gestellt hatten. In Altenburg, so dachten die Funktionäre der NPD, hätten sie keine großen Störungen ihres „Festes der Völker“ zu erwarten. Sie sollten sich täuschen.

THEMEN IN DIESER AUSGABE:

- „Fest der Völker“ erfolgreich behindert
- Sommerfest der SPD Altenburger Land
- Interview mit Wolfgang Scholz
- Neumitglieder vorgestellt

In kurzer Zeit, die Verlegung des Versammlungsortes von Jena nach Altenburg wurde erst im August bekannt, formierte sich in der Skatstadt ein Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, in dem rund 50 Bürgerinnen und Bürger als Vertreter von Kirchen, Parteien, Verbänden, Vereinen und Gewerkschaften oder Einzelpersonen konsequent an Gegenmaßnahmen zum geplanten Neonazifestival arbeiteten. Von Anfang an konnten sich die Altenburgerinnen und Altenburg dabei der Hilfe aus der Universitätsstadt Jena bedienen. Die Erfahrungen der Jenenser waren für die Vorbereitung und Durchführung der Gegenmaßnahmen unerlässlich, schließlich hatte Altenburg noch nie eine rechtsextreme Veranstaltung dieser Größenordnung erlebt.

Rund 1.500 Menschen zogen vom Lindenau-Museum in Richtung der Neonazi-Kundgebung in Altenburg-Nord *Foto: Felix Pröhl*

Spontan erklärte sich SPD-Landtagsabgeordneter Dr. Hartmut Schubert bereit, nicht nur einen finanziellen Beitrag zur Absicherung von Gegenveranstaltungen zu leisten, sondern arbeitet u.a. mit seinen Landtagskollegen Dr. Birgit Klaubert, Michaele Sojka (beide DIE LINKE.) und Christian Gumprecht (CDU) in der Steuerungsgruppe aktiv an den Ideen mit. Auch Vertreter der SPD-Stadtratsfraktion, der Altenburger Jusos und des SPD-Ortsvereins Altenburg engagieren sich im Aktionsbündnis. Hartmut Schubert zeigte sich sichtlich beeindruckt von dem Engagement im Aktionsbündnis. Im Rahmen einer Pressekonferenz sagte er: „Es ist erstaunlich, was in so kurzer Zeit hier erreicht wurde. Ich glaube nicht, dass es so ein Motivations- und Mobilisierungspotenzial schon einmal gegeben hat“. Bei einer Zusammenkunft des Aktionsbündnisses am 12. August wurde die „Altenburger Erklärung“ verabschiedet – eine Unterschriftenaktion, die sich an das Erfolgsmodell aus Jena anlehnte und zwischenzeitlich weit die 3.400'er Marke überschritten hat. Doch die Erklärung ist nicht alles, was die Altenburgerinnen und Altenburger zu bieten hatten.

Ähnelte eher einem Zoo - der „Festplatz“ der Neonazis. *Foto: Thomas Liehr*

Beginnend ab 8.30 Uhr hatten die Altenburgerinnen und Altenburger bis in den Nachmittag hinein mit tatkräftiger Hilfe verschiedener Unterstützer ein bunt gefächertes Programm für die Gegenveranstaltung am 13. September 2008 zusammengestellt. In den frühen Morgenstunden des Samstags begann die eigentliche Gegenveranstaltung mit einem Friedensgebet in der bis auf den letzten Platz gefüllten Herzogin-Agnes-Gedächtniskirche. Um 9 Uhr versammelten sich rund 1.500 Menschen aus Altenburg, verschiedenen weiteren Städten Thüringens und auch darüber hinaus, um der Auftaktkundgebung beizuwohnen. Mit dabei waren u.a. auch Jusos aus ganz Thüringen. Nach der Auftaktkundgebung am Lindenau-Museum zog der Tross in Richtung Bahnhof, um sich dann zum Ort der Schlusskundgebung an der Kreuzung Offenburger Allee/Kauerndorfer Allee zu bewegen. Mit Sprechchören, Musik

Fortsetzung von Seite 1

und Aktionen machten die Bürger dabei auf sich aufmerksam. Bei der

Heizten die Massen mit ihren rhythmischen Klängen an - „Percussão Popular“ aus Weimar *Foto: Felix Pröhl*

Abschlusskundgebung knapp 400 Meter vom „Fest der Völker“ entfernt, fanden Redner wie SPD-Landesvorsitzender Christoph Matschie, Jenas OB Dr. Albrecht Schröter (ebenfalls SPD), die Bundestagsmitglieder Katrin Göring-Eckhardt (B'90/Die Grünen) und Bodo Ramelow (DIE LINKE.) oder SPD-Kreisvorsitzender Hartmut Schubert deutliche Worte zum rechtsextremen „Fest der Völker“ und positionierten sich eindeutig für Menschlichkeit, Demokratie und Toleranz. Mehrere Bands und Musikgruppen umrahmten die Veranstaltung musikalisch. Zeitweise befanden sich viele Teilnehmer der Veranstaltung auf spontanen Zwischendemos, um das so genannte „Fest der Völker zu behindern. So gab es verschiedene friedliche Sitzblockaden, um Neonazis auf dem Weg zu ihrem Versammlungsort aufzuhalten. Außerdem nutzen zahlreiche Demonstranten die kooperative Haltung der Polizei, um bis an die Absperrungen des rechtsextremen „Festes der Völker“ zu gelangen. Dabei heizte die Musik der Weimarer Truppe „Percussão Popular“ den Demonstranten des Aktionsbündnisses mächtig ein und machte die Töne aus dem abgezäunten, wie ein Zoo wirkenden, Versammlungsplatz der Neonazis unhörbar. Mit einem Beitrag der Band mojo-man aus Plauen fand die Alternativveranstaltung des Altenburger Aktionsbündnisses gegen Rechtsextremismus seinen Abschluss. Im Ergebnis konnte das rechtsextreme „Fest der Völker“ rund zweieinhalb Stunden lang verzögert werden.

Im Vorfeld des 13. September, für den das „Fest der Völker“ angemeldet war, wurden am Versammlungsort der Neonazis, dem Parkplatz Albert-Levy-Straße/Ecke Kauerndorfer Allee, Plakate mit der Aufschrift „Altenburg – unsere Zukunft ist bunt, nicht braun“ aufgehängt. Wie nicht anders zu erwarten, rissen die Neonazis einige der Plakate ab und zerstörten diese. Das allerdings brachte ihnen eine Anzeige wegen Sachbeschädigung ein, schließlich hatte das Aktionsbündnis eine behördliche Erlaubnis für die Plakataktion.

Wenngleich es zu kleineren Rangeleien von Demonstranten mit der Polizei kam, blieb das von den Neonazis propagierte Chaos durch die Demonstranten der Antifa aus. Das lag nicht zuletzt auch an der weitestgehend kooperativen Haltung der Polizei. Auch mit der Versammlungsbehörde (dem Landratsamt) und der Stadtverwaltung arbeitete das Aktionsbündnis gut zusammen. Nur einige Anmerkungen des Landrats im Bezug auf die Befreiung des aktiven Bündnismitglieds Johannes Graffé von seinen beamtenrechtlichen Pflichten an diesem Tag durch Oberbürgermeister Michael Wolf sorgten beim Aktionsbündnis für Unverständnis und Verärgerung. Schließlich habe man den Neonazis gerade zeigen wollen, dass die demokratischen Kräfte gegen den Rechtsextremismus „wie eine Eins“ zusammenstehen. So kann man Engagement gegen Rechtsextremismus natürlich auch mit Füßen treten…

Christian Repkewitz

JUSO-LANDESDELEGIERTENKONFERENZ IN EISENACH

Am 14. September 2008 fuhren die drei Delegierten des hiesigen Juso-Kreisverbandes, Sven Schrade, Felix Pröhl und Sylvia Schiller, nach Eisenach um an der diesjährigen Landeskonferenz teilzunehmen.

In diesem Jahr hieß es, neben der Beratung verschiedener Anträge auch einen neuen Landesvorstand zu wählen. Als Landesvorsitzender wurde Peter Metz im Amt bestätigt. An seiner Seite werden acht Stellvertreter agieren.

Bei der Antragsberatung ging es um verschiedene politische Themen, so z.B. den Bereichen Wirtschaft und Soziales, Bildung und Demokratie sowie Gesellschaft. Während einer kurzen Pause im Rahmen der Antragsberatung bestand die Möglichkeit, sich das August–Bebel-Haus anzuschauen. Hier fand am 7. August 1869 der Gründungskongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), dem Vorgänger unserer Partei statt. Damals war dieses Gebäude noch die Gaststätte „Zum Goldenen Löwen“.

Abschließend lässt sich sagen, dass der Juso-Landesverband mit den 25 beratenen Anträgen, davon wurden 19 angenommen, gut für die bevorstehenden Wahlen vorbereitet ist. Auch im hiesigen Juso-Kreisverband will man 2009 politisch kräftig mitmischen. Schließlich reizt es, Jungsozialist zu sein…

Sylvia Schiller

Leere Kassen - wie weiter mit der kommunalen Finanzausstattung?

Interview mit Wolfgang Scholz, Bürgermeister von Gößnitz und Vorsitzender des Gemeinde– und Städtebundes Altenburger Land

Wolfgang Scholz ist seit 2001 Bürgermeister der Stadt Gößnitz, steht dem Kreisverband des Gemeinde- und Städtebundes als Vorsitzender vor und gehört außerdem als Parteiloser der SPD-Fraktion im Kreistag an. ROTkehlchen nutzte die Gelegenheit, sich mit dem Kommunalpolitiker über die kommunale Finanzausstattung zu sprechen.

Christian Repkewitz (CR): Herr Scholz, als Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebundes im Altenburger Land, Bürgermeister und Kreistagsmitglied kennen Sie die kommunalen Finanzen sehr genau. Wie schätzen Sie die Situation aktuell vor dem Hintergrund der den Kommunen obliegenden Aufgaben ein?

Wolfgang Scholz (WS): Derzeit gestaltet sich die Situation in den Kommunen nicht ganz schlecht. Aber es ist ja bekannt, dass vorgesehen ist, den kommunalen Finanzausgleich im Land Thüringen ab dem Jahr 2010 neu zu regeln. Zum heutigen Zeitpunkt ist nicht erkennbar, ob sich der Finanzausgleich positiv oder negativ auf die Gemeinden auswirken wird. Sicherlich ist jetzt schon bekannt, dass die so genannte Spitzabrechnung für die Gemeinden ab 2010 wegfallen soll. Dies ist einfach mit einer finanziellen Verminderung der Haushalte gegeben. Ich vertrete den Standpunkt, dass die positiven Finanzeinnahmen beim Bund und Land nicht komplett für den Schuldenabbau verwendet werden sollten, sondern speziell für die Infrastruktur bzw. infrastrukturelle Ausstattung der Gemeinden. Ich könnte mir vorstellen, dass die erhöhten finanziellen Einnahmen z.B. zu 60 Prozent für Schuldenabbau und zu 40 Prozent für Maßnahmen in den Gemeinden verwendet werden.

CR: Das heißt, eigentlich sind große Sprünge für die Städte und Gemeinden gar nicht mehr drin. Erwarten Sie, dass sich die Situation verbessert?

WS: Ob noch große Sprünge möglich sind, ist zum heutigen Zeitpunkt schwer vorherzusagen. Aber als Optimist sollte man immer nach vorne schauen und ich denke, bis heute haben wir all die schwierigen Aufgaben, die es eigentlich jedes Jahr in den Haushalten zu bewältigen gibt auch bewältigt und viel für die Weiterentwicklung unserer Städte und Gemeinden getan.

CR: Wenn mit großer Wahrscheinlichkeit die Finanzmittel für die Städte und Gemeinden weiter sinken: Wie sollen die anstehenden Aufgaben überhaupt noch erfüllt werden?

WS: Hier sollten die erhöhten finanziellen Einnahmen beim Bund und Land für ein gewisses Gestaltungspotenzial den Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Denn man muss doch klar feststellen, dass die Zahl der gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen nicht für jede Stadt und Gemeinde zutreffen, z.B. hatte die Stadt Gößnitz im vergangenen Jahr rund 100.000 Euro weniger Gewerbesteuereinnahmen zu verzeichnen.

CR: Neben den sinkenden Zuweisungen des Landes haben die Städte und Gemeinden auch mit einer hohen Kreisumlage zu kämpfen. Halten Sie den aktuellen Umlagesatz für angemessen?

WS: Als Kreistagsmitglied schlagen in meiner Brust zwei Herzen: Eines für den Kreis und eines für die Stadt Gößnitz. Natürlich bin ich mir auch bewusst, dass der Kreis, der ja nicht über die Möglichkeit von Gewerbesteuereinnahmen verfügt, nur aufgrund der finanziellen Zuweisungen vom Land bzw. eben von den Kommunen als Kreisumlage seinen Haushalt aufstellen muss. Ob die derzeitige Kreisumlage angemessen ist oder nicht, will ich mal im Raum stehen lassen. Ich könnte mir persönlich eine Kreisumlage von ca. 30 Prozent vorstellen, damit auch die Gemeinden einen gewissen Spielraum haben, um sich weiterentwickeln zu können.

CR: Der Kreis wiederum hat aber genauso mit den sinkenden Landeszuweisungen sowie des anhaltenden Einwohnerrückgangs zu kämpfen. Sehen Sie Möglichkeiten, die Städte und Gemeinden geringer zu belasten?

WS: Es ist schwer einfach zu sagen, dass aufgrund weniger Landeszuweisungen verschiedene Dinge nicht mehr umgesetzt bzw. durchgeführt werden können. Ich bin aber der Meinung, dass wir in der heutigen Zeit alle gefordert sind, gewisse Einsparpotenziale herauszuarbeiten, um somit weiterhin arbeitsfähig zu bleiben.

CR: Das heißt konkret, dass sich der Landkreis überlegen muss, ob der die so genannten freiwilligen Leistungen überhaupt noch bzw. ob er sie selbst wahrnimmt?

WS: Der Kreis hat bekanntlich gewisse Verpflichtungen, die mit Verträgen untersetzt sind, bei denen aber kein Spielraum mehr besteht. Hier müssen Überlegungen angestrebt werden, ob noch alle freiwilligen Leistungen auch voll erfüllt werden können oder andere Möglichkeiten und Varianten erarbeitet werden müssen, um neue Spielräume zu schaffen.

CR: Wie stehen Sie vor diesem Hintergrund zu dem Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag, ein Haushaltskonsolidierungspapier auf den Weg zu bringen, welches die Kostenstrukturen und die sich daraus möglicherweise ergebenden Einsparpotenziale aufzeigt und wie schätzen Sie die Chancen des in die Ausschüsse verwiesenen Antrags der SPD-Fraktion ein?

WS: Im Kreistag habe ich meine Zustimmung gegeben, dass dieses Haushaltskonsolidierungspapier in die Ausschüsse zurückverwiesen wird, um dort nochmals die Punkte zu überprüfen bzw. zu überarbeiten. Durch dieses Haushaltskonsolidierungspapier sehe ich gute Möglichkeiten, unseren Kreishaushalt wieder in leistungsfähigere Bahnen zu bringen.

CR: Was wollen Sie im Falle der Ablehnung des Antrags als Bürgermeister tun, um Ihre Stadt vor einer weiteren Kreisumlageerhöhung zu schützen? Sehen Sie tatsächlich Aussicht auf Erfolg?

WS: Sollte es doch zu einer weiteren Erhöhung der Kreisumlage in den nächsten Jahren kommen, ohne eine ausreichende Be-

Fortsetzung von Seite 3

gründung, werde ich keine Zustimmung zum Kreishaushalt geben.

CR: Herr Scholz, nachdem wir über die Probleme unserer Städte und Gemeinden gesprochen haben: Wo sehen Sie konkret die Stärken unserer Region?

WS: Die Stärken unserer Region sehe ich in der zentralen Lage in Mitteldeutschland, unseren guten Verkehrsanbindungen und den vorhandenen, erweiterbaren Gewerbegebieten. Wir bieten also sehr gute Vorraussetzung für Investoren und Gewerbeansiedlungen. Selbstverständlich verfügt das Altenburger Land auch über eine hohe Wohnqualität und viele Erholungsmöglichkeiten. Also ist doch unsere Region eine lebenswerte Region, wo Wirtschaftsentwicklung, Kultur, Sport, Bildung, Erholung und Lebensfreude ganz wichtige Faktoren sind.

CR: Das Altenburger Land ist also für Sie durchaus ein zukunftsträchtiger Standort?

WS: Das Altenburger Land liegt ja im so genannten Automobildreieck Erfurt-Leipzig-Dresden und speziell in unserer Region hat sich die Zulieferindustrie für die Automobilindustrie stark herausgebildet. Gerade dieser Wirtschaftszweig stellt viele Arbeitsplätze, die in unserer Region so dringend benötigt werden, zur Verfügung. Ebenfalls sind speziell die Kunststofftechnik und die Metallindustrie in unserer Region ein wichtiger Standortfaktor sowie unser Flugplatz Leipzig-Altenburg. Als wichtigste Herausforderung gilt es, diese und andere Wirtschaftszweige weiter auszubauen, damit die Menschen hier in der Region arbeiten und leben können, denn auch dies ist wichtig für die Zukunft des Altenburger Landes.

CR: Wie wollen Sie zukünftig mithelfen, dass sich unser Landkreis weiter positiv entwickelt?

WS: Ich stehe voll zum Landkreis Altenburger Land und vertrete dies auch mit einer positiven Meinung nach Außen.

CR: Das heißt, es ist mit einer erneuten Kandidatur für den Kreistag zu rechnen?

WS: Der Ortsverband der SPD von Gößnitz hat im Sommer mit Beschluss festgelegt, dass ich als Kandidat auf die Kreistagsliste komme. Dafür auch noch einmal meinen Dank an den Ortsverband der SPD von Gößnitz. Somit werde ich erneut als Kandidat für den Kreistag antreten.

CR: Ist die SPD im Kreistag zu Ihrer politischen Heimat geworden? Oder anders gefragt: Wollen Sie auch in der neuen Legislaturperiode wieder für die SPD im Kreistag sitzen?

WS: Mit der Aussage, die ich gerade getroffen habe, ist es ja klar, dass ich weiterhin für die SPD im Kreistag sitzen möchte. Ich möchte aber auch ganz klar herausstellen, dass es für mich persönlich ganz wichtig ist, den Kreis mitgestalten zu können. Ich würde mich freuen, wenn auch bei uns im Kreistag nicht immer der Parteiengedanke so in den Vordergrund gestellt wird, sondern durch ein fraktionsübergreifendes gemeinsames Handeln für unseren Kreis Erfolge erzielt werden.

CR: Können Sie sich grundsätzlich vorstellen, zukünftig auch in die SPD einzutreten?

WS: Ich habe in der näheren Zukunft nicht vor, andere politische Ämter in Landes- oder Bundesgremien einzunehmen, bei denen ein Mitgliedsbuch der jeweiligen Partei notwendig ist. Ich möchte weiterhin meine ganze Kraft für den Landkreis einsetzen und da stehe ich als Kreistagsmitglied der SPD-Fraktion zur Verfügung.

CR: Herr Scholz, herzlichen Dank für das Interview und weiterhin viel Erfolg bei Ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit!

„Die Stärken unserer Region sehe ich in der zentralen Lage in Mitteldeutschland, unseren guten Verkehrsanbindungen und den vorhandenen, erweiterbaren Gewerbegebieten."

Zur Person

Wolfgang Scholz ist 51 Jahre alt und gelernter Feinmechaniker, 1981/82 hat er noch ein Meisterstudium absolviert. Der Gößnitzer ist verheiratet, hat zwei Töchter (22 und 26 Jahre) und ist seit 2001 Bürgermeister seiner Heimatstadt.

Wolfgang Scholz ist Vorsitzendes des Kreisverbandes Altenburger Land des Gemeinde– und Städtebundes. Auch im Landesausschuss des Thüringer Gemeinde– und Städtebundes sowie in dessen Landesbauausschuss ist er Mitglied. Im Umweltausschuss des Deutschen Städtetags wirkt der Gößnitzer ebenfalls mit. Auch ist Wolfgang Scholz Verbandsrat im Rettungsdienstzweckverband Ostthüringen.

Im Kreistag sitzt Wolfgang Scholz seit 2004. Er gehört als ordentliches Mitglied dem Wirtschaftsausschuss an und ist stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen für Soziales und Gesundheit sowie Schule, Kultur und Sport.

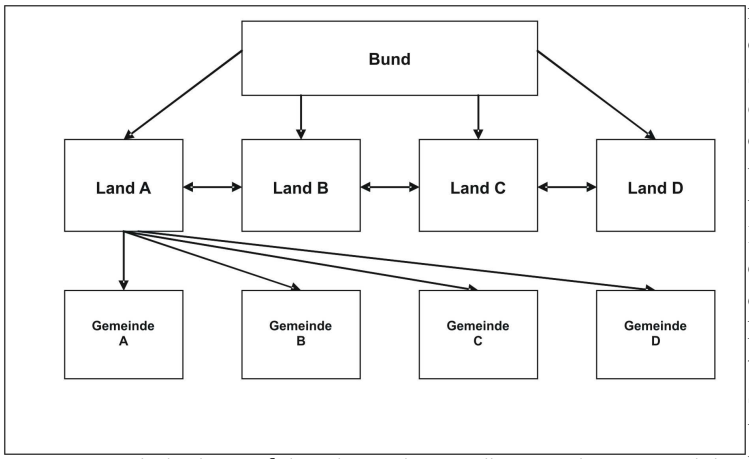
ROTKEHLCHEN SPEZIAL: DER KOMMUNALE FINANZAUSGLEICH

Die Aufteilung aller Einnahmen der öffentlichen Hand über die verschiedenen Ebenen hinweg ist Gegenstand einer Vielzahl von Regelungen. Diese werden zusammenfassend als Finanzausgleich bezeichnet. Neben dem Finanzausgleich Bund–Länder–Gemeinden gibt es einen Finanzausgleich zwischen den Ländern und den Finanzausgleich zwischen dem Land und seinen Gemeinden, der als kommunaler Finanzausgleich bezeichnet wird. Zu diesem finanzpolitischen Instrument sind nachfolgend wichtige Ausführungen dargestellt.

Der Finanzausgleich umfasst (derzeit) die so genannten (allgemeinen) Schlüsselzuweisungen, die die Unterschiede bei den Einnahmemöglichkeiten der Gemeinden verringern sowie die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Finanzmittel bereitstellen sollen. Weiterhin gibt es besondere Finanzzuweisungen, die als zweckgebundene Zuweisungen für bestimmte laufende Ausgaben bereit gestellt werden und die Gemeinden (und Landkreise) finanziell entlasten sollen. Beispiele hierfür sind der Schullastenausgleich, die Auftragskostenpauschale und Zuschüsse zur Schülerbeförderung. Den letzten Baustein bilden die Investitionszuweisungen. Diese gezielten Zuwendungen sollen die Kommunen bei der Durchführung wichtiger Baumaßnahmen unterstützen. Es gibt sie z.B. für Schulbauten, Einrichtungen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Kultureinrichtungen sowie Sportstätten.

Der Finanzausgleich hat eine fiskalische (Ergänzung der Einnahmen der kommunalen Gebietskörperschaften), eine Verteilungs- (jede Kommune soll gleichmäßig in die Lage der Aufgabenerfüllung versetzt werden) und eine raumordnerische Funktion (zentralörtliche Funktionen bestimmter Kommunen sollen bei der Verteilung der Ausgleichsmasse berücksichtigt werden). Zusätzlich soll er die kommunale Selbstverwaltung stärken.

Genau die Erfüllung der hier genannten Funktionen (sprich die landesrechtliche Umsetzung des Finanzausgleichs) aber ist bereits seit längerer Zeit stark umstritten. Im Jahr 2005 erklärte der Thüringer Verfassungsgerichtshof das Thüringer Finanzausgleichsgesetz (ThürFAG) in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig. Der wohl wesentlichste Grund für die Unvereinbarkeit der Landesverfassung mit dem Finanzausgleichsgesetz war nach Ansicht des Gerichts, dass der Freistaat den Finanzbedarf der Kommunen nicht hinreichend ermittelt hat und daher der in Art. 93 Abs. 1 der Thüringer Verfassung verankerten Regelung nicht nachkam, dass der tatsächliche Finanzbedarf der Kommunen angemessen zu berücksichtigen ist.



Der Finanzausgleich als vereinfachte schematische Darstellung. Es gibt einen vertikalen Finanzausgleich (Bund-Länder-Gemeinden sowie Länder-Gemeinden) und einen horizontalen (Land-Land). Der kommunale Finanzausgleich (Länder-Gemeinden) gehört zwar zum vertikalen Finanzausgleich, soll aber horizontal wirken, da er die unterschiedliche Finanzsituation ausgleichen soll. Die Realität sieht leider anders aus. *Grafik: Christian Repkewitz*

Im Urteil des Verfassungsgerichtshof wurden bereits Vorgaben gemacht, die der Landesgesetzgeber bei der Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs zu beachten hat. So soll es z.B. eine finanzielle Mindestausstattung unabhängig von der Leistungskraft des Landes sowie eine angemessene in Abhängigkeit der Leistungskraft des Landes geben.

Der Freistaat Thüringen musste und muss daher beim kommunalen Finanzausgleich nachbessern. Schon in den Jahren 2008 und 2009 gibt es Veränderungen, z.B. in der Höhe der Zuweisungen. Eine echte Neuregelung soll bis 2010 in Kraft treten, so will es auch der Verfassungsgerichtshof. Derzeit sind die Vorstellungen der Landesregierung bereits in der Diskussion, jedoch entsteht bereits jetzt eine breite Front der Kommunen und der Opposition im Landtag gegen die Neuregelung, da im Ergebnis schon jetzt prognostiziert werden kann, dass bei den Kommunen noch weniger Geld ankommt und aus der Sicht vieler Kommunalpolitiker insbesondere die kommunale Selbstverwaltung in Gefahr gerät. Das sieht die CDU-Landesregierung freilich anders und verkündet in der Broschüre „Das Thüringer Modell zum kommunalen Finanzausgleich" ein quasi bundesweit einmaliges System des Finanzausgleichs, der Vorbildwirkung hat.

Gerade für zentralörtliche Städte in Thüringen, so z.B. auch die Stadt Altenburg, dürfte der geplante Wegfall der so genannten „Vorweg-Schlüsselzuweisungen" problematisch sein. Diese gab es für die kreisfreien Städte sowie weitere Gemeinden mit zentralörtlicher Funktion und wurde vor der Verteilung der Schlüsselmasse, also vorweg, entnommen. Den Städten kam diese Zuweisungen zugute, weil sie für umliegende Städte und Gemeinden verschiedene Einrichtungen mit vorhielten, die gemeinsam genutzt wurden. In der Stadt Altenburg könnten hier z.B. die Bibliothek, die Schwimmhalle, das Schloss– und Spielkartenmuseum oder auch die Berufsfeuerwehr genannt werden. Der Freistaat Thüringen erklärt den geplanten Wegfall damit, dass auch ohne diese Zuweisungen eine Deckung des Finanzbedarfs möglich sei. Dies habe die hohe Anzahl an freiwilligen Leistungen bewiesen, die seitens der bislang durch die Vorweg-Schlüsselzuweisung begünstigten Städte vorgehalten werden. Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass viele der freiwilligen Leistungen im kulturellen Bereich erbracht werden und sich das Land Thüringen (zurecht) als Land der kulturellen Vielfalt bezeichnet. Dass man nun genau dies den Thüringer Zentren vorwirft, ist schon mehr als merkwürdig.

Der Landesausschuss des Gemeinde– und Städtebundes Thüringen hatte im Rahmen einer Sondersitzung im Januar 2008 beschlossen, die Neuregelung des Finanzausgleichs rechtlich überprüfen zu lassen. Eine weitere Sondersitzung Ende August endete mit dem einstimmigen Beschluss, gegen das neue Finanzausgleichsgesetz Verfassungsbeschwerde beim Thüringer Verfassungsgerichtshof einzulegen.

Christian Repkewitz

HAUSHALTSKONSOLIDIERUNGSKONZEPT FÜR DEN LANDKREIS: BILLIGE POLEMIK ODER NOTWENDIGE GRUNDLAGE FÜR DIE KREISPOLITIK

Dass die SPD-Fraktion im Kreistag mit ihrem Antrag zur Erarbeitung eines Haushaltskonsolidierungskonzepts weder dem Landrat noch dem Landratsamt eine schlechte Arbeit, noch Unwillen zum Sparen attestieren wollte, haben die Fraktionäre bereits bei der Vorstellung des Papiers in der Kreistagssitzung vom 4. Juni deutlich gemacht. Trotzdem hatte der Landrat kein gutes Haar an dem Antrag gelassen und viele Kreistagsmitglieder taten es ihm gleich.

„Haushaltskonsolidierung hilft doch gerade, die von Herrn Landrat angesprochenen so genannten freiwilligen Leistungen auf Dauer zu sichern“, sagt der aus Gößnitz stammende Landtagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Dr. Hartmut Schubert. Es geht gerade nicht um eine Streichliste, wie sie scheinbar Michaele Soijka (Die Linke) befürchtet. Es geht um eine Haushaltsanalyse, um eine Untersuchung von Prozessen, die Darstellung von dauerhaft gewollten und notwendig zu erbringenden freiwilligen Leistungen. Wenn die Kreis- und Schulumlage als wichtigste Einnahmequelle des Kreises neben Zuweisungen des Landes mittlerweile bei 42 Prozent liegt und damit die zweithöchste in ganz Thüringen ist, sieht es die SPD-Fraktion als ihre Aufgabe - ja ihre Pflicht - gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie auch den Gemeinden des Kreises an, weitere Einsparpotenziale zu ergründen.

Die hohen Ausgaben im Bereich der Sozialleistungen haben weder der Landrat, noch die Kreisräte und Bürger verursacht. Es gilt aber, unter Beachtung dieser Situation dennoch wichtige Investitionen und Leistungen für den Bürger zu ermöglichen. Dafür muss der Landkreis aber auch festlegen, in welche Bereiche dauerhaft schwerpunktmäßig Haushaltsmittel fließen sollen und wo künftig Einsparungen notwendig sind. Das sind die politischen Entscheidungsträger nicht zuletzt den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

In der Diskussion versuchte das Kreisoberhaupt, die schlechte Finanzlage des Kreises der Kreisstadt anzulasten. So seien gerade die Sozialausgaben in der Stadt Altenburg am höchsten. Dass Sozialleistungen verstärkt in städtischen Strukturen anfallen ist logisch und dürfte auch keine Besonderheit des Altenburger Landes darstellen. Gerade in Städten werden nämlich zentrale Leistungen der sozialen Fürsorge – auch für die Umlandgemeinden – vorgehalten.

Nicht zuletzt dem uneinigen Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion im Kreistag war es geschuldet, dass der Antrag keine erforderliche Mehrheit fand. Vielmehr wurde er in die Ausschüsse verwiesen und soll nach ausgiebiger Diskussion erneut eingebracht werden.

Deutlich hat sich gezeigt, dass die anderen im Kreistag vertretenen Fraktionen scheinbar kein großes Interesse daran haben, ein transparentes und schlüssiges Konsolidierungspaket zu schnüren. Es wird also die Aufgabe der SPD als bürgernahe Volkspartei bleiben, in der Sache am Ball zu bleiben. Denn letztlich geht es auch um das Geld der Bürgerinnen und Bürger.

Christian Repkewitz

„Haushaltskonsolidierung hilft doch gerade, die von Herrn Landrat angesprochenen so genannten freiwilligen Leistungen auf Dauer zu sichern.“

Hartmut Schubert , Kreisvorsitzender

Meine Meinung: Farbe bekennen!

Der finanzielle Handlungsrahmen wird für alle knapper. Besonders deutlich merkt man das natürlich direkt in den Kommunen vor Ort. Wie oft mussten wir uns schon als Partei in Diskussionen wieder finden, welche Einrichtungen geschlossen werden, welche Zuschüsse gesenkt, welche Baumaßnahme gestrichen wird.

Um neben den gesetzlich verordneten Pflichtaufgaben auch noch die so genannten freiwilligen Leistungen wie Vereinsförderung, Kulturstätten oder soziale Einrichtungen leisten zu können, ist eine umsichtige Finanzpolitik vonnöten - und eine Leitlinie, welche Entwicklung der Kreis und die Gemeinden nehmen sollen. Insofern kann es nicht so falsch sein, über ein solches Papier Konsolidierungspotenziale zu ergründen. Natürlich macht ein solches Konzept nur Sinn, wenn man es mit der notwendigen Sorgfalt und auch dem notwendigen Willen erarbeitet.

Und freilich hat die Verwaltung hieran kein gesteigertes Interesse. Es muss also auch Aufgabe der Kreisräte sein, Transparenz und fachlich fundierte Zahlen einzufordern. Seitdem der SPD-Antrag in den Kreis– sowie den Finanzausschuss zurück verwiesen wurde, ist es ziemlich still um die Problematik geworden. Bislang war das Thema nicht wieder auf der Tagesordnung.

Als Volker Schemmel im letzten Kreistag nach dem Stand fragte, drehte Landrat Rydzewski den Spieß einfach um und macht sich den SPD-Antrag nun zu eigen. Er selbst will in Kürze seine Vorstellungen zur Haushaltskonsolidierung darlegen. Komisch, im Juni hatte Rydzewski noch behauptet, keinerlei Spielräume für das Sparen zu haben…

Traurig daran stimmt mich, dass scheinbar nicht einmal in der SPD-Fraktion Einigkeit über das Thema herrscht. Vielleicht gelingt es den Verantwortlichen ja, ein klares Votum herbeizuführen.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass ein solches Haushaltskonsolidierungskonzept aus dem beschlossenen 12-Punkte-Programm resultiert… Bleibt zu hoffen, dass die SPD-Fraktion sich ihren Antrag nicht vom Landrat vor der Nase wegschnappen lässt.

Christian Repkewitz

NEUMITGLIEDER VORGESTELLT

Warum treten Menschen heute eigentlich in die SPD ein? Was sind ihre Beweggründe, sich politisch zu betätigen?

Diesen Fragen ist die ROTkehlchen-Redak-tion auf den Grund gegangen. Natürlich wollen wir euch an den Ergebnissen teilhaben lassen und so werden wir im „ROTkehlchen“ nach und nach Neumitglieder vorstellen.

Folgende Fragen haben wir gestellt:

1. *Warum habt ihr euch entschieden aktive in die Politik zu gehen und warum ausgerechnet in die SPD?*
2. *Was sind Eure weiteren politischen Ziele?*
3. *Wie zufrieden seid Ihr bisher mit der SPD im Altenburger Land? Was läuft eurer Ansicht nach gut und was könnte verbessert werden?*

Sylvia Schiller *Foto: privat*

Unser erstes Portrait widmen wir unserem neuen Redaktionsmitglied **Sylvia Schiller**. Sylvia ist in diesem Jahr erst den Jusos und kurze Zeit später auch der SPD beigetreten. Sylvia ist 20 Jahre alt, wohnt in Altenburg und ist gelernte Sozialversicherungsfachangestellte. Die Fragen beantwortete sie wie folgt:

1: Ich habe mich für die aktive Politik entschieden, da ich neun Jahre beim Kinder- und Jugendparlament Altenburg schon politisch engagiert war und mich jetzt auf eine Partei festlegen wollte. Und da kam für mich nur die SPD in Frage, da diese sehr viel im Landkreis und der Stadt bewegt hat.

2: Meine politischen Ziele sind, irgendwann mal im Stadtrat zu sein und mit zu entscheiden, was in der Stadt getan wird . Außerdem will ich den anderen Leuten beweisen, dass Politik nicht langweilig ist und man damit viel erreichen kann.

3: Ich bin mit der SPD ganz zufrieden. Besonders aktuell, da sie sich offen gegen das „Fest der Völker“ positioniert hat. Was ich noch besser finden würde, wenn man mehr von der SPD in den Zeitungen lesen würde und dass sie noch mehr jüngere Leute anspricht. Es soll deutlich werden, dass sich auch junge Menschen politisch engagieren. Deshalb sollte Sie auch noch mehr auf die Jusos zu gehen.

ROTkehlchen hat auch mit **Norman Müller** gesprochen, der ebenfalls erst seit kurzer Zeit Mitglied der SPD ist und dem Ortsverein Altenburg angehört. Wir haben ihm die anfangs bereits genannten Fragen gestellt. Die Antworten des 31-Jährigen Altenburgs, der als Rechtsanwalt tätig ist, findet ihr hier:

1: Seitdem ich wahlberechtigt bin, immerhin schon 13 Jahre, schlägt mein Wählerherz sozialdemokratisch. Aufgrund dessen war es für mich nur eine logische Konsequenz, irgendwann einmal der SPD beizutreten . Als gebürtiger, hier lebender und arbeitender Altenburger habe ich natürlich ein starkes Interesse an der Entwicklung der Stadt, aber auch des Landkreises. Darüber hinaus fühle ich mich aufgrund meiner persönlichen Bindung zum Altenburger Land auch in der bürgerschaftlichen Pflicht bei der Zukunftsgestaltung mitzuwirken. Nachdem ich nunmehr auch privat und beruflich meinen Lebensmittelpunkt in Altenburg gefunden habe, war für mich der Zeitpunkt gekommen dieser Verpflichtung gerecht zu werden und mich aktiv politisch zu betätigen.

2: Mein vordringlichstes Ziel ist es, wie bereits erwähnt, aktiv an der Zukunftsgestaltung der Region Altenburger Land mitzuwirken. Deshalb habe ich mich auch entschlossen, für einen Listenplatz sowohl im Stadtrat und im Kreistag zu kandidieren. Ich unterstütze den von der SPD in der Stadt Altenburg bereits beschrittenen Weg der Konsolidierung und hoffe, dass auch im Kreistag dieses Ziel erreicht werden kann. Meines Erachtens bildet erst eine geordnete finanzielle Grundlage die Möglichkeit bestehende soziale und kulturelle Leistungen zu erhalten und zukünftig ausbauen zu können. Dieses zu erzielende ausgewogene Verhältnis zwischen sozialstaatlichen Leistungen und gesicherter finanzieller Basis stellt für mich eine der Grundlagen der Sozialdemokratie dar. Deshalb sind meine politischen Ziele auf die Erreichung dieses Verhältnisses ausgerichtet. Darüber hinaus bin ich schon aus beruflichen Gründen an der weiteren rechtspolitischen Entwicklung interessiert und möchte auch diesem Bereich einen Teil meiner politischen Arbeit widmen. Deshalb habe ich die Position eines Beisitzers im Landesvorstand der AsJ übernommen, um auch dort aktiv tätig zu werden.

3: Die erste Frage möchte ich anders beantworten. Meine Erwartungen an das Parteileben sind nicht gänzlich erfüllt worden. Ich war davon ausgegangen, dass die aktive Mitarbeit bzw. das Interesse der Genossen am Parteileben, z.B. Veranstaltungen, größer ist, als es sich tatsächlich darstellt. Insoweit bin ich etwas ernüchtert. Offensichtlich weicht jedoch das Parteileben nicht von den übrigem Vereinsleben ab. Auch dort konnte ich ähnliche Tendenzen erkennen, was m. E. zum Teil auf ein Überangebot an Freizeitveranstaltungen, als auch einen gewissen Verdruss zurückzuführen ist. Darüber hinaus war ich verwundert über den schwelenden innerparteilichen Generationenkonflikt. Ich war bisher stets der Auffassung, dass ein Anliegen der älteren erfahrenen Generation sein sollte, junge Genossen bei ihrem politischen Werdegang behilflich zu sein und nicht zu versuchen deren Dynamik, die der Partei insgesamt neuen Schwung und mithin eine präsentere Öffentlichkeit verleiht, auszubremsen. Hier besteht meines Erachtens noch ein erheblicher Klärungsbedarf. Als äußerst

Norman Müller *Foto: privat*

positiv habe ich bisher die Arbeit der Jusos empfunden. Diese leisten meines Erachtens einen Großteil der politischen Basisarbeit und legen mithin den Grundstein für ein funktionierendes Parteileben. Diese Arbeit der Jusos sollte zukünftig noch mehr gewürdigt werden.

Die Neumitglieder-Reihe wird fortgesetzt. Wir danken allen Neumitgliedern für Ihre Unterstützung.

Annett Kügler / Marcus Rümmler

CDU schaltet und waltet wie es ihr gefällt

Seit dem 17. Oktober ist es amtlich: Die CDU-Mehrheitsfraktion im Thüringer Landtag schafft mir ihrem Gesetz die Stichwahlen bei Bürgermeister- und Landratswahlen ab und führt die Amtsstubensammlung für Bürger- und Volksbegehren ein .

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Mike Mohring, spricht bei der Unterschriftensammlung in Amtsstuben von einer organisatorischen Erleichterung und es soll Spontanentscheidungen der Bürger verhindern. Zwar senkt das CDU-Gesetz die Quoren für Bürger- und Volksbegehren weitaus stärker, als es der Gesetzesentwurf des „Volksbegehrens für mehr Demokratie" vorsieht. Doch de facto wird die zukünftige Direktbeteiligung von Bürgern enorm erschwert. Wollen Bürger künftige Entscheide unterstützen, müssen sie ihre Unterschrift in den Räumen der Stadt- oder Gemeindeverwaltung leisten.

Noch viel schwerer wiegt die Anmaßung der regierungstragenden Fraktion den Gesetzesentwurf des Volksbegehrens mit über 250.000 gesammelten Unterschriften auf diesem Weg auszuhöhlen. Denn durch das CDU-Gesetz wird dem Volksbegehren die Gesetzesgrundlage entzogen.

„Die Beteiligung der Bürger scheint der CDU im Lande egal zu sein. Nicht anders ist dieses dreiste Vorgehen zu werten", kommentiert der SPD-Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Dr. Hartmut Schubert das Gesetz.

Und auch die Abschaffung der Stichwahl soll zukünftig nur einem nützen: den CDU-Bewerbern für die Bürgermeister- und Landratswahlen. Im Jahr 2006 unterlagen allein in den kreisfreien Städten Erfurt, Jena und Eisenach in der Stichwahl die CDU-Kandidaten, die noch im ersten Wahlgang nach der Stimmenauszählung geführt hatten.

Sven Schrade

ROTKEHLCHEN

STÄDTEFUSION SCHMÖLLN-GÖSSNITZ: ERFORDERLICHE UNTERSCHRIFTEN ERREICHT

Sind stolz auf das Erreichen der erforderlichen Stimmenzahl für das Bürgerbegehren gegen eine Städtefusion von Schmölln und Gößnitz: Ute Lukasch (DIE LINKE.) und Sven Schrade *Foto: Johannes Fabian*

Mit dem Ergebnis können die Initiatoren des Bürgerbegehrens zum Entscheid über die Stadtneugründung Schmölln-Gößnitz mehr als zufrieden sein. Und das, obwohl der letzte Sammelmarathon für das Volksbegehren für mehr Demokratie erst wenige Wochen zurückliegt. Mit 1.509 Unterschriften sammelten die Mitglieder der SPD und der LINKEN über 130 mehr, als für einen Bürgerentscheid nötig wären.

Anlass für das im Juli dieses Jahres gestartete Bürgerbegehren war die schier endlos scheinende Diskussion über die Fusionierung der Städte Schmölln und Gößnitz. Schmöllns Bürgermeister Herbert Köhler sah die Zukunft einer ganzen Region gefährdet, käme es nicht zu einer Fusion. Schmöllner und Gößnitzer Bürger sahen dies mehrheitlich anders.

Grundsätzliche Zustimmung, ein solches Vorhaben zu prüfen, sah unter anderem auch die Fraktion der SPD im Stadtrat der Sprottestadt. Das Neue Forum erarbeitete einen Katalog mit Fragen, die in diesem Zusammenhang aufkamen und zuvor geklärt werden mussten. Das betraf unter anderem die verschiedenen Satzungen bei Straßenausbaubeiträgen oder auch beim Abwasser. Auch die unterschiedlichen Kindergartenbeiträge sowie der Erhalt des Gößnitzer Schwimmbades oder der Bücherei spielten eine gewichtige Rolle.

In etlichen Fragen konnte oder wollte auf den gemeinsamen Sitzungen beider Stadträte keine Einigkeit erzielt werden. An dieser Stelle sei angemerkt, dass sich die maßgeblichen Befürworter aus den Reihen der CDU nur recht halbherzig an der Abarbeitung der Fragen beteiligten.

Um eine abschließende Entscheidung in dieser Sache herbeizuführen, sollte mittels Bürgerbegehren ein Bürgerentscheid zur Städtefusion herbeigeführt werden. Dieser ist mit dem 19.September in greifbare Nähe gerückt. Wird durch die Stadtverwaltung nach Prüfung der Unterschriften dem Bürgerbegehren stattgegeben, dürfen die Sprottestädter in Kürze selbst entscheiden, ob sie eine Stadtneugründung wollen oder nicht. Diese Entscheidung bindet die Stadträte für die nächsten zwei Jahre und dürfte wohl das endgültige Aus für „Schmöllnitz" sein.

Sven Schrade

Brandaktuell:
Die Initiatoren des Bürgerbegehrens waren erfolgreich. Der Druck auf Stadtrat und Bürgermeister war so hoch, dass der Stadtrat in seiner letzten Sitzung den Beschluss gefasst hat, eine Städtefusion bis 2013 auszuschließen. Zu diesem Zeitpunkt läuft der Raumordnungsvertrag aus. Damit hat der Beschluss noch höhere Bindungswirkung als der abgewendete Bürgerentscheid. Dieser hat eine Bindungskraft von lediglich zwei Jahren und kann danach durch einen Stadtratsbeschluss aufgehoben werden.

ÜBER 100 JAHRE PONITZER SPD - EINE KLEINE ORTSVEREINS-CHRONIK

Teil 2 – Von Krieg zu Krieg

Erarbeitet von Monika Diedrich, redaktionell überarbeitet von Sven Schrade und Christian Repkewitz

Liebe ROTkehlchen-Leser, heute lest ihr den zweiten Teil der Geschichte des Ortsvereins Ponitz. Die Redaktion möchte sich auf diesem Weg recht herzlich bei Monika Diedrich für die Bereitstellung des Beitrags bedanken. Vielleicht ist der Abdruck der bewegten Geschichte für andere Genossinnen oder Genossen Ansporn, ähnlich an unserem Mitgliederheft mitzuwirken. Die Redaktion jedenfalls würde sich freuen! Doch nun erst einmal weiter im Text:

Willkommene Aufnahme fand der Verein im Gasthof Merlach. Über die Tagesordnungen der Sitzungen ist gegenwärtig nichts mehr bekannt. Aber die Versammlungen standen stets unter der Aufsicht des Gendarmen Benndorf aus Gößnitz.

Die Themen Religion und Schule, Acht-Stunden-Tag sowie das Frauenwahlrecht waren bei den Versammlungen vorherrschend. Dass das Programm der SPD stets an erster Stelle stand, war selbstverständlich. Weiter wurden Berichte von Parteitagen, örtlichen Gemeinderatssitzungen, Landtags- und Reichstagswahlen sowie über Übelstände in der Gemeinde gegeben.

Bisweilen erschienen alte erfahrene Parteigenossen als Redner, um immer mehr Aufklärung unter die Mitglieder zu bringen. Von solchen können noch Frau Marie Wackwitz aus Dresden, Schneidermeister Knauf aus Meerane, Max Pohle und Max Hüttig aus Gößnitz sowie Max Schüler aus Ronneburg genannt werden.

Von den alljährlichen Maifeiern soll nur diese von 1905 erwähnt werden, zu welcher der Verein den Schneidermeister Knauf als Festredner eingeladen hatte. Der Gendarm war natürlich auch zur Stelle und machte den Redner schon vor

Die Autorin der Beiträge zur Geschichte des Ortsvereins Ponitz - Monika Diedrich *Foto: privat*

Beginn seines Referats darauf aufmerksam, dass er politische und religiöse Fragen nicht besprechen dürfe. Als aber Knauf den 1. Mai als Kampftag gegen das ausbeutende Unternehmertum bezeichnete, wurde er vom Hüter des Gesetzes gewarnt. Hernach sprach Knauf gegen die Zuchthausstrafe und gegen das Sozialistengesetz, worauf ihm Benndorf das Wort entzog.

Diese Feier wurde nun aber nicht etwa abgebrochen. Mit Liedern des Arbeitergesangvereins und mit passenden komischen Vorträgen blieben die Versammelten beisammen. Wie Knauf 1905, so sprach auch Max Hüttig 1906 zur Maifeier gegen den Krieg.

Es zeugt von dem Mut und dem Verantwortungsgefühl des Sozialdemokratischen Vereins in Ponitz und Umgebung und seines Vorstandes, dass er für den 2. August 1914, also dem ersten Mobilmachungstag für den Ersten Weltkrieg, eine öffentliche Volksversammlung in Merlach ansetzte.

1931 wird Erich Jähnig erster sozialdemokratischer Bürgermeister in Ponitz, bleibt es allerdings nur bis zum März 1933, als er vom nationalsozialistischen „Staatsbeauftragten“ Erwin Kahnt „abgelöst“ wird.

Schließlich folgt 1933 das Verbot der SPD durch die Nationalsozialisten und damit auch ein jähes Ende sozialdemokratischer Ortsvereinsarbeit in der Gemeinde Ponitz.

Das Kriegsende im Jahr 1945 verhilft jedoch der Deutschen Sozialdemokratie zu einer raschen Neugründung, und so konnte Erich Jähnig - als gewählter Bürgermeister wieder ins Amt eingesetzt - seine politische Arbeit fortsetzen.

Doch der Neuanfang sollte nicht lange vorhalten. Bereits im Jahr darauf kam es zur Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED. So machte der SPD in Ponitz nach den schweren Zeiten um die beiden weltumspannenden Kriege nun wieder ein politischer Konflikt zu schaffen - der „Kalte Krieg“.

Fortsetzung folgt…

Auch im beschaulichen Ponitz kann die SPD eine wechselhafte und spannende Geschichte erzählen…

Foto: privat

BRITA GROSSE MIT GROSSER MEHRHEIT ZUR DIREKTKANDIDATIN GEWÄHLT

Am Samstag, dem 27. September, konnten auch die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Wahlkreis 43 ihre Direktkandidatin wählen. Sabine Franke, Bürgermeisterin der Gemeinde Lödla, und Brita Große, Gößnitzer Stadträtin und stellvertretende Kreisvorsitzende, stellten sich dabei zur Wahl.

Mit 25 zu zehn Stimmen (ca. 71 Prozent) konnte sich bei der Wahl die 41-jährige Brita Große durchsetzen, die damit neben Dr. Hartmut Schubert (Wahlkreis 44) ins Rennen um ein Landtags-Direktmandat im Altenburger Land gehen wird.

In ihrer Rede verwies die gelernte Betriebswirtin noch einmal auf die Probleme, die sie angehen will, so ihr denn der Einzug in den Thüringer Landtag gelingen sollte:

Will in den Landtag: Brita Große

Foto: Johannes Fabian

Längeres gemeinsames Lernen bis zur achten Klasse, die Verwirklichung des Modells der Thüringer Gemeinschaftsschule sowie die engere Verzahnung von Schule und Wirtschaft durch die Vermittlung arbeitswelt- und wirtschaftsbezogener Inhalte gilt es nach ihrer Ansicht als erstes umzusetzen.

Gute Chancen, das Mandat direkt zu gewinnen, stellte Kreisvorsitzender Hartmut Schubert in Aussicht, „denn nach dem Durcheinander, das sich die Kreis-CDU auf ihrer Wahlkreiskonferenz geleistet hat, sind die Karten neu gemischt."

Unter dem Applaus der Anwesenden bedankte sich Brita Große für das Vertrauen, das ihr entgegen gebracht wurde. „Nur gemeinsam können wir es schaffen", betonte sie abschließend und bat vor allem für das anstehende Wahljahr um die Unterstützung der Mitgliedschaft.

Für die Kandidatur auf der Landesliste wurde der Vorsitzende der Schmöllner SPD, Sven Schrade, einstimmig nominiert.

Sven Schrade

Impressum

SPD-Kreisverband Altenburger Land

V.i.S.d.P.: Christian Repkewitz
Moritzstraße 4
04600 Altenburg

Telefon: 03447 511631
Fax: 03447 511631
E-Mail: info@jusos-altenburg.de

Nachbetrachtung zum Sommerfest:

Alles in allem bot unser diesjähriges Sommerfest des SPD-Kreisverbandes eine gute Möglichkeit für unsere Mitglieder und auch interessierte Gäste, sich außerhalb der politischen Gremien einmal ungezwungen zu unterhalten und sich über Aktuelles aus ihren jeweiligen Gemeinden zu informieren. Es gilt, solche Veranstaltungen auch weiterhin regelmäßig anzubieten.

Sven Schrade

ALTENBURGER GENOSSINNEN UND GENOSSEN WÄHLEN NEUEN VORSTAND

Zum nunmehr achten Mal seit der Vereinigung der damaligen Altenburger Basisgruppen Lerchenberg, Mitte, Nord, Ost, Südost und Weinerthöhe/Sperlingsberg 1993 zum Ortsverein Altenburg wurden die Genossinnen und Genossen am 24. Oktober 2008 zur Wahl eines neuen Vorstandes an die Wahlurne gerufen.

Bevor der Vorstand gewählt wurde, standen zunächst die Rechenschaftsberichte zur Diskussion. Neben Erreichtem gab es jedoch auch Kritik. So wurde durch den scheidenden Vorsitzenden Andreas Schumann das mangelnde Interesse der Mitglieder an den Veranstaltungen des Ortsvereins oder aber die fehlende Zusammenarbeit zwischen Stadtratsfraktion und Vorstand gerügt. Nach einigen Wortmeldungen zu diesem Thema einigte man sich darauf, sich auf die Sachthemen zu konzentrieren, da die SPD im Wahljahr 2009 schließlich erfolgreich sein möchte.

Aus dem alten Vorstand stellten sich nur Annett Kügler und Manfred Fritzsche wieder zur Wahl. Für den neuen Vorsitz stand Bernd Metzschke als einziger Kandidat zur Verfügung. Als seine Hauptaufgaben für die nächsten zwei Jahre stellte er für einen erfolgreichen Wahlkampf im Jahr 2009 und das Gewinnen neuer Mitglieder vor. Dafür sei vor allem auch eine gute Zusammenarbeit mit den Fraktionen notwendig. Bernd Metzschke wurde von den anwesenden Mitgliedern mehrheitlich in dieses wichtige Amt gewählt.

Die neuen Stellvertreter sind Annett Kügler und Norman Müller. Beide sind bereits bei den Jusos aktiv und möchten zur nächsten Wahl für den Stadtrat kandidieren.

Für das Amt des Kassierers standen der bisherige Amtsinhaber Manfred Fritzsche und Felix Pröhl zur Wahl. Felix Pröhl ist bereits bei den Jusos Landes-Jusos sehr aktiv und wurde durch die anwesenden Mitglieder mehrheitlich zum neuen Kassierer gewählt. Als Beisitzer erhielten Petra Kügler, Torsten Rist und Ulrich Rothe das Vertrauen der Mitglieder.

Der neue Ortsvereinsvorstand (v.l.n.r.): Torsten Rist, Petra Kügler, Felix Pröhl, Bernd Metzschke, Ulrich Rothe, Annett Kügler und Norman Müller. *Foto: Archiv Torsten Rist*

Der neu gewählte Vorsitzende Bernd Metzschke dankte den bisherigen Vorstandsmitgliedern für ihre Tätigkeit und wünschte dem neuen Vorstand ein erfolgreiches Gelingen für seine Aufgabe, den Mitgliedern die Politik der SPD wieder näher zu bringen und einen guten Wahlkampf 2009 zu führen.

Auf der Versammlung schlugen die Altenburger Genossen außerdem noch das langjährige Stadtratsmitglied und ehemaligen Ortsvereinsvorsitzenden Wilfried Präger als Wahlkreisbewerber für die Bundestagswahl im kommenden Jahr vor. SPD-Kreisvorsitzender Hartmut Schubert erläuterte die kommunalpolitischen Leitlinien der Thüringer SPD für die kommenden Wahlen, an dem sich die Ortsvereine orientieren können.

Annett Kügler

Im Überblick: SPD-Urgestein Bernd Metzschke

Bernd Metzschke…

… ist seit der Gründungsveranstaltung bei der SPD.

… war erster Vorsitzender des damaligen SPD-Ortsvereins Altenburg-Lerchenberg.

… war von 1998 bis 2006 im Ortsvereinsvorstand Altenburg tätig.

… war 1990 der erste Kreisgeschäftsführer des damaligen Unterbezirks Altenburg/Schmölln.

… arbeitete von 1990 bis 1993 im Wahlkreisbüro von Peter Friedrich.

… war von 1991 bis 1993 stellvertretender Kreisvorsitzender.

… war bis 1998 Regionalgeschäftsführer der SPD.

… arbeitete von 1999 bis 2004 im Wahlkreisbüro von Volker Schemmel.

… begründete 1990 die AWO im Kreis mit.

… wirkte bis 1995 im AWO-Kreisvorstand mit, steht ihm seitdem vor.

… ist seit 1996 auch Mitglied im AWO-Landesvorstand.

… ist verheiratet.

… hat drei Kinder (2 Söhne, 1 Tochter) und fünf Enkelkinder (3 Jungs, 2 Mädchen).

… ist gelernter Ingenieur für Energiewirtschaft.

Für die (alte) neue Funktion als Ortsvereinsvorsitzender wünscht die Redaktion des ROTkehlchen alles Gute.

Christian Repkewitz

GEBIETSREFORM LIGHT: CDU KOPF– UND KONZEPTLOS

Von der CDU wird sie gefeiert: die Thüringer Landgemeinde. Doch wenn man einen Blick in die hübsch verpackte Floskel der „Weiterentwicklung der gemeindlichen Strukturen“ wirft, bleibt mit der Idee der Landgemeinde nur die Wahrung des Anscheins einer zukunftsfähigen Gebietsreform übrig.

Statt die dringend notwendige funktionale Neuordnung des Freistaats in Angriff zu nehmen, gibt es von der CDU nur eine schlecht gemachte „Gebietsreform light“. Obwohl das Konzept der Landgemeinde als Einheitsgemeinde mit stärkeren Einflussmöglichkeiten der eingemeindeten Ortschaften durchaus eine sinnvolle Alternative wäre, mangelt es der regierungsmüden CDU im Freistaat an dem eigentlichen Willen, etwas zu ändern. Denn was nützt die Schaffung einer neuen Form der Gemeinde, wenn nicht im Gegenzug das überholte Modell der Verwaltungsgemeinschaft abgeschafft wird? Nicht einmal eine „Gnadenfrist“ ist für sie vorgesehen – so, wie es die ebenfalls CDU-dominierte Enquete-Kommission eigentlich wollte. Zwar verlautbarte der Landtagsabgeordneter Fritz Schröter aus dem Landkreis, die CDU wolle künftig Anträgen zur Bildung von Verwaltungsgemeinschaften keine Zustimmung mehr geben, aber wir alle wissen, wie viel Bestand eine solche Aussage der regierungstragenden Fraktion im Landtag hat.

Eine dringend notwendige Chance, Thüringen zukunftsfähig zu machen, wurde bewusst vertan.

Doch noch einmal zurück zu der von der CDU propagierten „Weiterentwicklung der gemeindlichen Strukturen“. Zukünftige Landgemeinden müssen dauerhaft 3.000 Einwohner vorweisen können. Nicht nur, dass diese Zahl für eine effektive Verwaltung dem Grunde nach zu niedrig ist – im angenommenen Gesetzentwurf ist die Forderung nach der Dauerhaftigkeit der Einwohnerzahl gar nicht enthalten. Und wie man die dauerhafte Sicherung der Einwohnerzahl darstellen soll, erklärt die CDU auch nicht.

Ein weiteres Problem: In Landgemeinden erhält der Ortschaftsrat eine Reihe von Befugnissen, die über die der bisherigen Ortschaftsvertretungen hinausgehen, was die SPD grundsätzlich begrüßt. Unter anderem soll es einem Ortschaftsrat einer Landgemeinde möglich sein, die Reihenfolge des Um- und Ausbaus sowie der Instandsetzung und Unterhaltung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze sowie der Grünflächen zu bestimmen. Allerdings greift das in den Entscheidungsbereich des Gemeinderats (Haushaltsplanung) ein, Kompetenzstreitigkeiten sind absehbar.

Alles in allem bleibt also von der „Weiterentwicklung der gemeindlichen Strukturen“ ein handwerklich schlechtes Flickwerk übrig, welches nur den Schein einer Gebietsreform wahren soll. Zukunftsvisionen für Thüringen sehen jedenfalls anders aus!

Christian Repkewitz

Sommerfest des SPD-Kreisverbandes: „Gentechnikfreies Altenburger Land“

Am Samstag, dem 23. August beging der Kreisverband der SPD Altenburger Land sein diesjähriges Sommerfest im Garten der Museumsschänke in Schmölln. Bei schönem Wetter ließen sich etwa 50 Gäste selbstgebackenen Kuchen und frisch gebratene Roster schmecken. Öffentlich eingeladen hatte die stellvertretende Vorsitzende Brita Große im Rahmen des Veranstaltungsprogramms 2008/2009. Gekommen waren zahlreiche sozialdemokratische Mandatsträger, darunter Hartmut Schubert, Michael Wolf, sowie Volker Schemmel.

An diesem Nachmittag sollte jedoch nicht nur gemütlich zusammen gesessen werden. Politisches Thema des Sommerfestes war das „gentechnikfreie Altenburger Land“. Die Agrarprodukte Schmölln GmbH brachte dieses Jahr erstmals gentechnisch veränderten Mais aus, was großen Unmut in der Schmöllner Bevölkerung auslöste. Aus diesem Anlass beschäftigten sich die SPD-Stadtratsfraktionen in Schmölln und Altenburg mit dieser Problematik und brachten jeweils einen Antrag auf Prüfung zur Errichtung einer gentechnikfreien Region ein. Im Altenburger Stadtrat konnte dieser sogar durch den Stadtrat beschlossen werden.

Lutz Landgraf, Imker im Altenburger Land, folgte der Einladung des SPD-Kreisverbandes und informierte an jenem Nachmittag über die derzeitigen Gefahren und Risiken des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen sowie über die Zukunftsängste der Imker, die ihren Abnehmern gentechnikfreien Honig garantieren müssen. Dies sei bei einem weiteren Anbau von Gen-Mais nicht mehr möglich.

Das Sommerfest stand ganz im Zeichen des Themas Gentechnik

Foto: Sven Schrade

SPD-Kreisvorsitzender Hartmut Schubert untermauerte noch einmal die kritische Haltung der Sozialdemokraten zum Anbau gentechnisch veränderter Organismen und teilte mit, dass es Bestrebungen gibt, das Thema „gentechnikfreies Altenburger Land“ im Kreistag auf die Tagesordnung zu bringen.

Die Jusos Thüringen verabschiedeten übrigens jüngst auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz dazu fast einstimmig einen Beschluss, der unter anderem die SPD auffordert, einen Anbau-Stopp von Gen-Mais zu prüfen. Wilfried Regenhardt, Mitglied des Landesvorstandes der Thüringer SPD, erwartet sogar, dass die Errichtung gentechnikfreier Zonen zum Landtagswahlkampf eine Rolle spielen wird.

Sven Schrade